

/// Politische-Studien-Zeitgespräch

DIE USA NACH DER WAHL – EINE BESTANDSAUFNAHME

JOSEF BRAML /// arbeitet seit Oktober 2006 als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Programms USA/Transatlantische Beziehungen sowie als Leiter der Redaktion und geschäftsführender Herausgeber des Jahrbuch Internationale Politik der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. Für sein aktuelles Buch mit dem Titel „Der amerikanische Patient“ (Siedler-Verlag) wurde er mit dem renommierten International Book Award ausgezeichnet.

Politische Studien: Die zweite Amtszeit eines U.S.-amerikanischen Präsidenten wird häufig als die „Phase für die Geschichtsbücher“ bezeichnet, in der sie nicht mehr an ihre persönlichen Wiederwahlchancen denken müssen, sondern ihr politisches Kapital insbesondere auf dem Feld der Außenpolitik zum Einsatz bringen können. Welche „großen Schritte“ können wir von Barack Obama in den nächsten Jahren erwarten? Wie stehen die Chancen, dass er – ähnlich wie sein demokratischer Vorgänger Bill Clinton – den Nahostfriedensprozess neu beleben wird?

Josef Braml: Der historische Vergleich hinkt. Obama hat eine viel schlechtere Ausgangslage als Clinton. Erstens leiden die USA nach wie vor unter der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit den 1930er-Jahren. Die massiven sozialen und wirtschaftlichen Probleme werden

auch in der zweiten Präsidentschaft Obamas seine meiste Aufmerksamkeit beanspruchen. Und zweitens: Wer wie Obama richtig erkannt hat, dass die größten außenpolitischen Gefahren weder Terroristen noch prekäre oder starke Staaten wie China sind, sondern die inneren Schwächen des eigenen Landes, der wird sich daran machen, durch Wiederaufbau der Grundlagen nationaler Stärke auch die internationale Handlungsfähigkeit wieder herzustellen.

Derzeit sind aufgrund der massiven inneren Probleme die politischen Gewalten blockiert, was auch den außenpolitischen Manövrierraum des US-Präsidenten merklich einschränkt, insbesondere in der Wirtschafts-, Handels-, Energie- und Umweltpolitik. Auch in der Sicherheitspolitik müssen die USA massiv Mittel kürzen und den so genannten militärischen Fußabdruck ver-



Wie wird Obamas zweite Amtszeit verlaufen? Wird es ihm gelingen, seine Versprechungen und Ziele bis 2016 zu verwirklichen, sodass er am Ende sagen kann: Yes, I can!?



Massive innere Probleme schränken derzeit den Manövrierrahmen Obamas ein.

ringern, sprich Soldaten heimholen. Weltweites nation building und Demokratieförderung waren gestern; heute muss der US-Präsident die eigene Nation wieder auf Vordermann bringen.

Das heißt jedoch nicht, dass sich die USA aus der Welt zurückziehen werden. Sie werden vielmehr geostrategisch wichtige Regionen wie den Mittleren Osten, Afrika und Asien durch intelligentere Mittel, allen voran Drohnen, zu sichern versuchen. Auch wenn die USA ihre Sicherheit oder die Israels, etwa durch Iran, bedroht sähen, wäre US-Präsident Obama sehr handlungsfähig und würde sich nicht davor scheuen, alle Mittel, das heißt auch geheimdienstliche und militärische, einzusetzen, um Atomwaffen in den Händen der Führung in Teheran zu verhindern.

Politische Studien: Das persönliche Verhältnis zwischen Präsident Obama und dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu ist bekanntlich nicht spannungsfrei. Haben diese Animositäten beider Entscheidungsträger Einfluss auf die Iran-Politik der USA oder steht Washington uneingeschränkt an der Seite Tel Avivs?

Josef Braml: Die Spannungen beider Staatsführer sind nicht hilfreich, vor allem bei der Lösung des Nahostkonflikts zwischen Israel und den Palästinensern.

Aber dennoch haben beide ein gemeinsames Ziel, nämlich zu verhindern, dass Iran in den Besitz der Atombombe gelangt. US-Präsident Obama hat klar gesagt, dass eine Eindämmungsstrategie als Reaktion auf die Nuklearisierung Irans keine Option sei, denn dazu werde es unter keinen Umständen kommen. Wir sollten in der Iran-Frage auch den Druck Saudi-Arabiens mitberücksichtigen. Israel ist nicht der einzige Staat in der Region, der sich durch eine mögliche Regionalmacht Iran bedroht wähnt. Sollten die USA die iranische Atomwaffe nicht verhindern, würden die Saudis ihre historisch gewachsenen Beziehungen zu Pakistan nutzen, um selbst nuklear aufzurüsten. Neben der Sicherheit Israels steht also auch die Proliferationsgefahr auf dem Spiel.

Politische Studien: Mit dem „Pivot to Asia“ haben die USA sich strategisch von Europa ab- und Asien zugewandt. Was bedeutet diese Akzentverschiebung für das deutsch-amerikanische Verhältnis? Welche Änderungen sind hier zu erwarten?

Josef Braml: In der Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik wird Europa weiterhin fest im Fokus der USA bleiben, weil Europa ein ernst zu nehmender Partner, aber auch Konkurrent ist. In diesem Bereich werden wir weiterhin intensive Debatten führen. Sicherheitspolitisch betrachtet, ist Europa für die USA nach dem Untergang der Sowjetunion keine Region mehr, die primäre Aufmerksamkeit verdient. Die Europäer bleiben jedoch sicherheitspolitisch für

Washington relevant, wenn sie den USA in anderen Weltregionen helfen können, die Last globaler Verantwortung zu schultern – wie es Obama bereits in seiner Rede an der Siegestsäule in Berlin angemahnt hatte. Ob wir dazu fähig und bereit sind, ist eine andere Frage.

Politische Studien: Welchen besonderen Herausforderungen sieht sich die zweite Obama-Administration bezüglich der internationalen Sicherheitspolitik gegenüber?

Josef Braml: The business of America is business. Mit diesem Ausspruch brachte ein kluger Kopf die Motivation der Außen- und Sicherheitspolitik der USA auf den Punkt. Die USA bleiben bis auf weiteres massiv verwundbar durch fluktuierende und hohe Ölpreise, die sie nicht allein beeinflussen können. Trotz vieler Medienberichte, in denen ein „Ölrausch“ gefeiert und die baldige „Energieunabhängigkeit“ der USA prophezeit werden, sollte man zunächst einmal ganz nüchtern die Logik der Energiemärkte und die damit zusammenhängende Geopolitik der USA betrachten: Selbst wenn es den USA durch Förderung eigener Ressourcen und politisch gesteuerte, massive Einsparungen gelingen sollte, neben dem Gas auch den Importanteil von Öl – und das ist die Achillesferse der Wirtschaft und des Transportsektors in den USA – merklich zu reduzieren, sollte man einen zweiten Aspekt beachten, nämlich, dass die Öl-

preise international von einem Oligopol namens OPEC und mitunter auch von Unruhen und Förderengpässen in anderen Weltregionen beeinflusst werden. Auf absehbare Zeit bleibt Saudi-Arabien der einzige Swing Producer, der ausreichend Kapazitäten hat, bei Bedarf Öl kostengünstig, sehr schnell und in großen Mengen zu fördern, um damit die Preise in einen niedrigeren, für westliche und asiatische Volkswirtschaften erträglichen Bereich zu drücken – was seit geraumer Zeit geschieht.

Der Preis den Washington dafür zahlt ist, dass es die Ölmonarchie Saudi-Arabien alimentiert und schützt. „Sicherheit für Öl“ lautet der Deal. Wer diese Zusammenhänge kennt, weiß auch, wie besorgt Washington wegen der Unruhen im Nahen und Mittleren Osten ist. Wie lange können die USA gegen den Willen der lokalen Bevölkerungen in der Region – und auch gegen die Kritik vorausschauender Experten – autoritäre Regime in Saudi-Arabien und Ägypten stützen, ohne ihre eigene Glaubwürdigkeit vollends zu verlieren? Unabhängig von dieser perspektivischen Frage bleiben andere akut: Würde ein Angriff auf Iran – sei es durch Israel und / oder die USA – die Führung in Teheran dazu veranlassen, die Ölwanne einzusetzen, sprich die Straße



Die Europäer bleiben jedoch sicherheitspolitisch für Washington relevant, die Last globaler Verantwortung zu schultern.



Im Politische-Studien-Zeitgespräch v.l.n.r.: Alexander Wolf, wiss. Mitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung, Interviewpartner Josef Braml und Reinhard Meier-Walser, Chefredakteur der Politischen Studien.

von Hormuz dicht zu machen, durch die ein Großteil der Ölversorgung westlicher und asiatischer Volkswirtschaften passiert? Wäre Iran dazu noch fähig, und wenn ja, wie lange würde es dauern, um die Blockade, auch wenn sie nur durch einen versenkten Tanker verursacht würde, aufzuheben? Ist die

Zusicherung des saudischen Königshauses, das an einer Beseitigung des iranischen Regimes interessiert ist, wonach es die durch eine Blockade der Meerenge von Hormuz verknappten Öllieferungen über den Landweg durch Pipelines kompensieren könnte, glaubwürdig? Der nächste Fragenkomplex betrifft neben der unsicheren Entwicklung in Ägypten, auf die man insbesondere in Riad mit Argusaugen schaut, die Erbfolge im saudischen Königshaus.



'Sicherheit für Öl' lautet der Deal im Nahen und Mittleren Osten.



Dieser massive Entzug von Staatsausgaben würde der ohnehin prekären wirtschaftlichen Entwicklung erheblich schaden.

Also trotz vermeintlicher Ölunabhängigkeit der USA und deren oft bemühten Hinwendung nach Asien wird meines Erachtens der Nahe und Mittlere Osten für die Weltmacht weiterhin von vitalem Interesse bleiben.

Nicht zuletzt auch deshalb, weil China eine weitere, für US-Strategen am Horizont sichtbare Gefahr, nämlich eigene massive Energie- und Wirtschaftsinteressen in der Region, allen voran mit dem Iran und Saudi-Arabien, pflegt. Mittlerweile reinvestieren auch die OPEC-Staaten die Petro-Dollars der USA und der Asiaten nicht mehr im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, sondern in China. Das ist umso problematischer, zumal auch die Führung in Peking, der Hauptfinanzier der exorbitant anschwellenden US-Staatsschulden, peu á peu ihre Anlagen aus der Dollar-Falle nimmt und diversifiziert. Gleichwohl bleiben die USA und China wirtschafts- und handelspolitisch gegenseitig voneinander abhängig. Eine Schwäche des einen würde unweigerlich auch massive Probleme für den anderen bewirken. Außenpolitikexperten, die über den Tellerrand der Sicherheitspolitik im engeren Sinne hinausblicken, hoffen, dass ein Verständnis für diese Interdependenz auch helfen könnte, die sich anbahnende militärische Rivalität zwischen Washington und Peking abzumildern. Doch wer sich nur die kontinuierlich und massiv steigenden Militärausgaben und das martialische Auftreten Chinas im pazifischen Raum ansieht,

muss befürchten, dass es auch im Reich der Mitte Hardliner gibt, die künftig noch stärker den Ton angeben werden. Denn auch in Washington können die anstehenden massiven Haushaltskürzungen im militärischen Bereich wohl nur noch damit abgemildert werden, wenn man vonseiten der Rüstungsindustrie und der von ihr finanziell motivierten Politiker und Experten die „gelbe Gefahr“ überzeichnet. Ich sehe also die Gefahr, dass auf beiden Seiten jeweils von Partikularinteressen motivierte Bedrohungswahrnehmungen selbst-erfüllende Prophezeiungen werden.

Politische Studien: In Ihrem Buch „Der amerikanische Patient“ beschreiben Sie die ideologischen Gräben zwischen Demokraten und Republikanern als eine der maßgeblichen Ursachen des politischen Stillstands in Washington. Wird sich, kann sich an dieser Lage in der nächsten Amtsperiode Barack Obamas etwas ändern?

Josef Braml: Ich bin nicht optimistisch, denn die ideologischen Gräben sind wiederum nur ein sichtbares Zeichen tieferliegender, Jahrzehnte zurückreichender struktureller Fehlentwicklungen im politischen System und im Wirtschaftssystem der USA. Die Politik hat durch Deregulierung die Wirtschafts-

und Finanzkrise befördert und sich mit der damit einhergehenden Staatsschuldenkrise umso mehr ihrer Handlungsfähigkeit beraubt. Wer die Interdependenz beider Ordnungen versteht, wird sehen, dass die massiven sozio-ökonomischen Probleme die Legitimation des politischen Systems gefährden. Sieben von zehn US-Amerikanern glauben nicht mehr, dass ihre Regierungsvertreter in Washington die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit den 1930er-Jahren beheben können. Eine erschreckend hohe Zahl von US-Bürgern glaubt demnach auch nicht mehr, dass ihre Repräsentanten Unterstützungswertes leisten, um die Terminologie Max Webers anzuwenden.

Politische Studien: Derzeit wird viel vom sogenannten „fiscal cliff“ gesprochen. Worum handelt es sich hierbei und warum ist ein diesbezüglicher überparteilicher Konsens so wichtig für die USA?

Josef Braml: Ein Zyniker würde sagen: Gestern, im Sommer 2011 bei der letzten heftig umstrittenen Anhebung der Schuldenobergrenze, standen wir kurz vor dem fiskalischen Abgrund, heute sind wir einen Schritt weiter. Aber Zynismus bringt uns nicht weiter. Gleichwohl muss man sehen, dass die Zuspitzung der heutigen Lage der damaligen

Unfähigkeit der Politik geschuldet ist. Man hatte im Sommer 2011 ein Damoklesschwert aufgebaut, nämlich im Falle des politischen Scheiterns massive automatische Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip im Militär- und Sozialbereich vorzunehmen, um sich selbst zum Kompromiss zu zwingen. Doch die Kontrahenten konnten sich trotz der Drohungen der Ratingagenturen, die Kreditwürdigkeit des Landes herabzustufen, nicht einigen. Die USA wurde also bereits damals wegen politischer Unfähigkeit von AAA auf AA+ herabgestuft.

Falls jetzt bis zum Jahresende nicht doch noch ein Kompromiss erreicht werden sollte, werden ab Januar für das Fiskaljahr 2013 automatische Kürzungen von 109 Mrd. Dollar in Kraft treten. Dieser massive Entzug von Staatsausgaben würde der ohnehin prekären wirtschaftlichen Entwicklung erheblich schaden, zumal mittlerweile auch die Wirkung des 2009 verabschiedeten 800 Milliarden schweren Förderprogrammes verpufft. Die Kaufkraft der US-Amerikaner – und damit auch das Wohl der US-Volkswirtschaft, die über zwei Drittel vom Konsum lebt – wird zum Jahresanfang 2013 noch von zwei weiteren Problemen gefährdet. Zum einen laufen die von Bush eingesetzten und von Obama verlängerten umfangreichen Steuererleichterungen aus, zum anderen haben auch viele Langzeitarbeitslose nach Erreichen der maximalen Be-

zugsdauer keinen Anspruch mehr auf weitere Förderung. Die Einzelstaaten, die mit den Belastungen der Arbeitslosenhilfe seit Längerem überfordert sind, müssten einmal mehr durch Washingtons Zuwendungen unterstützt werden.

Aus den Gesprächen in Washington, die ich dank einer Delegationsreise der Hanns-Seidel-Stiftung führen konnte, habe ich den Eindruck mit nach Hause genommen, dass der durch seine Wiederwahl euphorisierte Obama in der anstehenden Auseinandersetzung mit den Hardlinern im Kongress auch selbst viel härter auftreten und weniger kompromissbereit sein wird. Er wird deutlich machen, dass er willens ist, jenseits des fiskalischen Abgrunds zu springen und damit auch seinen Gegenspieler John Boehner, den Sprecher des weiterhin von den Republikanern kontrollierten Abgeordnetenhauses, in den politischen Abgrund drängen. Denn Boehner verfügt – im Vergleich zur enormen Machtfülle von Fraktionsvorsitzenden parlamentarischer Regierungssysteme – nur über schwache Mittel, um Abweichler auf Parteilinie zu zwingen. Um einen Kompromiss mit Obama zu finden, der offensichtlich bereit ist, seinen Parteigenossen im Kongress Ausgabenkürzungen zuzumuten, müsste Boehner den Seinen mehr Einnahmen, also Steuererhöhungen verkaufen. Die von den Granden der Tea-Party-Bewegung patronierten und finanzierten Republikaner würden insbesondere mit höheren Steuersätzen einen politischen Selbstmord begehen, zumal viele von ihnen auch öffentlich einen Eid gegen Steuererhöhungen geschworen haben. Bedroht durch mögliche von der Tea-Party finanzierte Gegenkandidaten bei den schon in zwei Jahren anstehenden Vorwahlen, wer-

den vieler dieser Abgeordneten zunächst an ihr eigenes nacktes politisches Überleben denken und nicht an die öffentliche Wahrnehmung ihrer Partei, die laut Umfragen für ein Scheitern verantwortlich gemacht würde. US-Abgeordnete sind ohnehin Einzelunternehmer, keine Parteisoldaten.

Obama hat also nichts zu verlieren. Er kann hart bleiben, über die Fiskalklippe gehen und riskieren, dass insbesondere die Steuern für fast 90 % der US-Amerikaner erhöht werden, weil dafür die Republikaner verantwortlich gemacht würden. Gleich zu Beginn seiner zweiten Amtszeit, das heißt auch in der neuen Legislaturperiode des Kongresses, könnte dann von den Demokraten ein Gesetzentwurf eingebracht werden, der neben anderen Wirtschaftsförderprogrammen der Demokraten auch die Steuern vieler Bürger mindert – mit Ausnahme jene der Spitzenverdiener. Dann wären die Republikaner erneut vor eine schwere Wahl gestellt, nämlich den Demokraten ohne Wenn und Aber zuzustimmen oder ihrer Bevölkerung zu erklären, warum sie eine Steuererleichterung für die meisten Amerikaner der sogenannten Mittelklasse ablehnen, nur weil sie keine entsprechende Entlastung der Reichen durchsetzen konnten.

Obama sitzt jetzt am längeren Hebel, aber nur solange, bis er voraussichtlich im März 2013 die Einwilligung des Kongresses und damit auch der Republikaner braucht, die Gesamtschuldenobergrenze anzuheben, damit die USA nicht zahlungsunfähig werden. Spätestens bis dahin wird man sich wohl oder übel auf einen Minimalkompromiss einigen, der jedoch nicht das eigentliche Problem beseitigt und die mittel- bis langfristig nicht mehr tragbare Schuldenlast der USA merklich abbaut.



Obama kann über die Fiskalklippe gehen, weil für eine daraus resultierende Steuererhöhung die Republikaner verantwortlich gemacht werden.



Die hispanischen Wähler werden demographisch bedingt immer wichtiger.

Politische Studien: Der kontrovers diskutierte Rücktritt von CIA-Chef David Petraeus kam sehr überraschend und ist immer noch undurchsichtig. Kann dieser Skandal der Obama-Administration langfristig schaden?

Josef Braml: Nein – es sei denn, es kommen noch andere Fakten ans Tageslicht, von denen wir heute noch nichts wissen.

Politische Studien: Mehr als 90 % der Deutschen befürworteten die Wiederwahl Barack Obamas. Wie erklären Sie sich diese Umfragewerte? Lässt sich Präsident Obama für eine vergleichende innenpolitische Debatte in Deutschland vereinnahmen?

Josef Braml: Die Politik Obamas wäre in Deutschland nicht mehrheitsfähig. Ich denke, dass die große Mehrheit der Deutschen damit zufrieden ist, dass Obama als Präsident der USA wiedergewählt wurde. Doch wenige Deutsche haben verstanden, dass auch Obama US-amerikanische Interessen vertritt. Aufgrund ihrer inneren Probleme werden die USA über ihre Wirtschafts-, Handels-, Währungs- und Sicherheitspolitik künftig noch mehr Lasten auch auf Europa abwälzen, um den drohenden Kollaps zu verhindern.

Politische Studien: Nach der Wahlnerlage Mitt Romneys wurden innerhalb

der republikanischen Partei vielfach programmatische Kurskorrekturen gefordert. Werden die Republikaner ein noch konservativeres oder eher progressives Profil annehmen?

Josef Braml: Es gibt in den USA keine Parteien, die unserer Vorstellung entsprechen. US-Parteien haben in der praktischen Politik, im Gesetzgebungsprozess, keine Machtmittel. Das kann ich Ihnen aus der Funktionslogik des checks-and-balances-Systems der USA ableiten, aber auch durch eigene praktische Erfahrungen als ehemaliger Mitarbeiter eines US-Abgeordneten erläutern. US-Parteien sind nur Wahlvereine. Und selbst bei den Wahlen werden sie durch externe Organisationen, so genannte Political Action Committees und die dahinter stehenden Interessengruppen mit Wahlkampfspenden überboten.

Bei den nächsten Wahlen wird der neue republikanische Spitzenkandidat seine persönliche so genannte Partei-Plattform festlegen. Er wäre gut beraten, seinen Parteifreunden schon beim Ge-



Braml, Josef:
Der Amerikanische Patient. Was der drohende Kollaps der USA für die Welt bedeutet. München: Siedler Verlag 2012, 215 Seiten, € 19,99.

metzel im Vorwahlkampf deutlich zu machen, dass die Republikaner bei den Hauptwahlen keinen Blumentopf mehr holen werden, wenn sie weiterhin die Latinos verprellen. Die hispanischen Wähler werden demographisch bedingt immer wichtiger; bereits dieses Mal haben Romneys enorme 20 Prozentpunkte Vorsprung gegenüber Obama bei weißen Wählern nicht genügt, um die Hausmacht des amtierenden Präsidenten bei den Minderheitenwählern, der hispanischen und afroamerikanischen Bevölkerung, auszugleichen.

Politische Studien: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Wer ist Ihrer Ansicht nach der / die aussichtsreichste Kandidat / in für Barack Obamas Nachfolge als demokratischer Präsidentschaftskandidat für 2016? Welche republikanischen Politiker sollte man im Auge behalten?

Josef Braml: Vielleicht wird 2016 jemand die Nase vorne haben, den oder die wir heute noch nicht kennen. Als Politikberater interessiert mich aber, die absehbaren Entwicklungen einzuschätzen. Schon in zwei Jahren sind wieder Kongresswahlen. 435 Repräsentanten des Abgeordnetenhauses und ein Drittel des 100-köpfigen Senats werden 2014 neu gewählt. Im politischen System der USA ist der Kongress genauso wichtig wie die Exekutive. Denken Sie nur daran, dass der amtierende Präsident Obama seit den letzten Zwischenwahlen 2010 wegen der verloren gegangenen Mehrheit im Kongress mehr oder weniger blockiert ist und es bis zu den Kongresswahlen 2014 in den meisten Politikfeldern auch bleiben wird. Und danach droht ihm das Schicksal eines jeden Präsidenten gegen Ende der zweiten Amtszeit, nämlich als lahme Ente, die nicht mehr wiedergewählt werden kann, zu gelten.

Politische Studien: Herr Dr. Braml, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellten Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser, Chefredakteur der Politischen Studien und Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, sowie Alexander Wolf, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// DR. JOSEF BRAML

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Programms USA / Transatlantische Beziehungen sowie Leiter der Redaktion und geschäftsführender Herausgeber des DGAP-Jahrbuchs, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin.